Persönliche Vorsorge in einer alternden Gesellschaft: Sind steuerliche Anreize eine Lösung?

Der AFPA-Marktdialog 2025 brachte eine interessante Diskussion und interessante Erkenntnisse.

Steuerliche Anreize: Wirksam, aber schwer quantifizierbar

Sohbat Dhanju, BSc, Experte Besteuerung Kapitalvermögen bei NWT Wirtschaftsprüfung Gmbh, betonte, dass steuerliche Anreize in Österreich einen klaren Lenkungseffekt haben. Zwar lasse sich die Wirkung nur schwer quantifizieren, da man nicht wisse, wie viel ohne Steueranreiz verkauft worden wäre. Aber man kann den Umkehrschluss ziehen: Seit die steuerliche Förderung etwa bei der „Begünstigten Zukunftsvorsorge (PVZ)“ reduziert wurde, seien die Vertragsabschlüsse rückläufig. Also zeige die Praxis, dass Konsumenten auf steuerliche Vorteile reagieren!

Mag. Ulrike Weiß, Leiterin Konsumentenschutz in der Arbeiterkammer OÖ erinnerte die Branche, dass viele Konsumenten eine Versicherung nur dann gut fänden, wenn ein Schaden eingetreten sei. Habe man nie Schäden, dann sehe man nur die Kosten. Und viele Junge denken sich oft, warten wir mal ab. Daher gebe es in der privaten Vorsorge, egal ob es um Pension, Krankheit oder Pflege gehe, noch Luft nach oben. Und: Die finanziellen Mittel seien bei vielen Mitbürgern beschränkt.

Sie kritisierte die PZV als verfehltes Produkt, das damals eher für die Ankurbelung der Börse, als für die Vorsorge der Konsumenten entwickelt worden sei. Die Renditen waren unattraktiv, was zeige, dass eine steuerliche Förderung ein schlechtes Produkt nicht retten könne. Sie forderte eine Begrenzung der Produktkosten und eine stärkere Ausrichtung an den Bedürfnissen der Versicherten.

Protection Gap: Mehr als nur Altersvorsorge

Michael Herzhofer, AFPA-Chairman, wies darauf hin, dass die Absicherungs-Lücke nicht nur die Altersvorsorge betreffe, sondern auch die Sach- und Personenversicherungen und immer stärker den Katastrophenschutz. Ja, Versicherungen seien nicht sexy, aber er definiere den Versicherungsmakler als einen Risk-Manager, der den Kunden die Risken aufzeigen muss. Doch oft fänden gerade ältere Menschen keine bezahlbaren Produkte mehr.

Mag. Weiß ergänzte zum Thema protection gap, dass es für Naturkatastrophen eine versicherungsmathematische Basis brauche, um realistische Modelle und solidarische Lösungen entwickeln zu können. Das gebe es bis dato nicht. Sie forderte Produkte mit risikobasierten Prämien, Selbstbehalten und Anreizen für Präventionsmaßnahmen. Es könne nicht sein, dass der Ersatz bei Naturkatastrophen davon abhängig sei, ob in Bälde eine Wahl anstünde oder nicht. Das österreichische HORA-System zur Risikozonierung wurde als vorbildlich hervorgehoben. Es ermögliche eine präzise Einschätzung von Hochwasser-, Sturm- und Erdbebenrisiken. Nun fehle nur noch ein Versicherungsprodukt, das diese Datenbasis nutzt und solidarisch ausgestaltet ist.

Michael Herzhofer, B.A., M.A. (AFPA-Obmann), Gerhard Danler (Moser Danler und Partner), Mag.a Ulrike Weiß (AK OÖ), Claudia Schanza (Moderation), Sohbat Dhanju, BSc, (NWT)

Mag. Ulrike Weiß (AK OÖ), Sohbat Dhanju, BSc, (NWT), Claudia Schanza (Moderation), Gerhard Danler (Moser Danler und Partner), Michael Herzhofer, B.A., M.A. (AFPA-Obmann)

Pflegevorsorge: Das unterschätzte Risiko

In der Diskussion wurde die Pflegevorsorge als besonders vernachlässigt identifiziert. Die Prämien seien hoch, die Leistungen oft unklar und die Produkte schwer vermittelbar, ganz besonders an Junge. Der Bedarf sei in einer alternden Gesellschaft offensichtlich. Herzhofer forderte daher den Gesetzgeber auf, in der Arbeitnehmerveranlagung einen Absatzbetrag wieder einzuführen. Das Steuergeschenk nehme jeder gerne, würde die Produkte leistbarer machen und so mehr Menschen motivieren, privat vorzusorgen.

Wohnraum als Vorsorge: Ein unterschätzter Hebel

Mag. Weiß griff das Pflegethema auf und erläuterte, dass viele Konsumenten hinsichtlich der Pflegeversicherung unsicher seien. Man wisse nicht genau, was man wann bekommen werde (ab Pflegestufe 2 oder 3?) und was passiere, wenn der Staat die Pflegestufen nachträglich ändere? Man habe also doppeltes Risiko. Viele sagen daher, ich spare einfach, in der Hoffnung, dass ich mir das, was ich einmal brauche, dann auch leisten kann. Oft sparen sie gezielt für eine Eigentumswohnung, um dann in der Pension auch mit weniger Geld auskommen zu können. Man könnte also die Eigenheimbildung steuerlich fördern, als möglichen Teil der Altersvorsorge.

Johannes Muschik, AFPA-Vorstand verwies in diesem Zusammenhang auf die EU-Initiative zur „Spar- und Investmentunion“, die ein europaweites Vorsorgekonto vorsieht. Er griff den Vorschlag auf und plädierte dafür, dieses Konto auch für den Erwerb von selbstgenutztem Wohnraum zu öffnen. Denn: Wer Wohnkosten senke, habe im Alter mehr finanziellen Spielraum. Diese Form der Vorsorge sei besonders nachhaltig und verdiene steuerliche Unterstützung.

Gerhard Danler, allgemein beeideter & gerichtlich zertifizierter Sachverständiger für Betriebliches Vorsorgewesen, Versicherungen und Pensionskassen führte als Beispiel die Schweiz an, wo Wohnraum über die betriebliche Vorsorge mitfinanziert werde, weil die Immobilienpreise hoch sind und Generationenverträge für die Finanzierung notwendig werden. Auch in Österreich könnte eine solche Kopplung von Wohnraumförderung und Altersvorsorge neue Impulse setzen.

Betriebliche Vorsorge und soziale Gerechtigkeit

Danler berichtete weiters, dass in der Schweiz – im Gegensatz zu Österreich - jeder Arbeitnehmer zwingend in der 2. Säule, der betrieblichen Vorsorge erfasst sei. Jeder Arbeitgeber zahle für den Arbeitnehmer ein und jeder Arbeitnehmer zahle ab dem ersten Tag seinen Eigenbeitrag ein.

Und im Gegensatz zum Markttrend – wo betriebliche Vorsorge häufig als Zuckerl für gutverdienende Schlüsselkräfte abgeschlossen wird, um sie gegen Abwerbeversuche immun zu machen – schlug Danler bewusst vor, Lösungen der 2. Säule auch für Kleinverdiener zu installieren. Als Beispiel nannte er die Mutter mit Halbtagsjob, für die der Arbeitgeber 300, 500 oder 1000 Euro steuerfrei im Jahr einzahle, die dann in Zukunft zu einer Firmenpension führen und helfen, die Pensionslücke zu schließen.

Der österreichische Staat könne rasch Verbesserungen vornehmen, die Versicherungssteuer grundsätzlich auf 2,5 Prozent senken oder streichen, um Produkte leistbarer zu machen. Eine spätere Flattax auf Auszahlungen könnte langfristig für den Staat vorteilhaft sein, weil die Menschen privat vorgesorgt haben und er nicht als Notversorger einspringen müsse. Auch eine Wiedereinführung der Behaltefrist für Kapitalanlagen wurde als sinnvoller Anreiz genannt. Und er erinnerte an eine Werbebotschaft: Am 32. Dezember ist es zu spät. Damit wurde die Bausparprämie ausgelobt und das funktionierte über Jahrzehnte wirklich gut. Bausparen sei für die langfristige Vorsorge jedoch nicht sinnvoll, aber das Beispiel zeige, wie gut eine Steuerprämie in Österreich funktioniere.

Michael Herzhofer stellte am Ende fest, dass die Diskussion sehr gut gezeigt habe, dass steuerliche Anreize eine gute Lösung seien, um den protection gap ein Stück weit zu schließen. Zum einen werde die Gesellschaft entlastet durch die Risikoübernahme von privaten Versicherern, zum andern ermöglichen es die steuerlichen Erleichterungen, dass Vorsorge für den Einzelnen leistbarer wird.

Ja, der Staat verzichte zwar anfänglich auf einen Teil seiner Steuereinnahmen, aber profitiere in Zukunft dadurch, dass er Menschen in Not nicht so stark unter die Arme greifen müsse, wie es jetzt der Fall sei. Also eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten und die Gesellschaft.